

REDEMANUSKRIPT

(Es gilt das gesprochene Wort)

Adolf Bauer, Präsident Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)

Neujahrsempfang DGB-Senioren und SoVD Hamburg

am 23.01.2018

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Sehr geehrte Frau Karger,
sehr geehrter Herr Wicher,

sehr geehrte Damen und Herren des Vorstandes der DGB Senioren,

sehr geehrte Damen und Herren befreundeter Verbände und Vereine,

liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

recht herzlichen Dank für Ihre Einladung nach Hamburg und die besondere Ehre Hauptreferent des heutigen Neujahrsempfangs sein zu dürfen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen allen für das noch junge Jahr die allerbesten Wünsche – allem voran gute Gesundheit – zu übermitteln.

Als wir im Herbst letzten Jahres den Titel für diese Veranstaltung festgelegt haben, konnten wir uns in den kühnsten Träumen nicht ausmalen, wie lange sich die Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl hinziehen würden. Über 100 Tage ohne Bundesregierung, das ist schon ein starkes Stück!

Sicher könnte man an dieser Stelle die Bedeutung von Stabilität und Kontinuität für unser Land betonen, allerdings sagen wir laut und deutlich – und damit meine ich Gewerkschaften und Sozialverbände Seite an Seite - Ein weiter so wie bisher darf es nicht geben!

Es sieht erneut nach einer großen Koalition aus. Die Inhalte des Koalitionsvertrages sind mehr oder weniger spekulativ...

Aber egal wer regiert, soziale Gerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe müssen wieder Grundlage des Handels von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden. Wir brauchen endlich konkrete Lösungen für die drängendsten sozialpolitischen Themen!

Stichwort: Rente, Arbeitsmarkt, Pflege, Bildung, Wohnen, Inklusion...

Verteilungsungleichheit und Armut nehmen in Deutschland immer weiter zu. Noch tragen unsere sozialen Sicherungssysteme entschieden zum Erhalt der sozialen Stabilität bei. Die Frage ist allerdings: Wie lange noch?

Der DGB und der Sozialverband Deutschland sind Partner in sozialen Fragen. Wir sind die Lobby jener Menschen, die der globalisierte Kapitalismus an den Rand der Gesellschaft gedrängt hat.

In Zeiten des Sozialabbaus und zunehmender sozialer Ungleichheit ist diese Zusammenarbeit wichtiger denn je, um unserer Stimme ein starkes Gewicht zu verleihen! Gemeinsam zeigen wir Flagge. Wir mischen uns ein und wir präsentieren konstruktive Ideen.

Lassen Sie mich eines jedoch sehr deutlich sagen: Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit haben bei uns keinen Platz. Eine gerechte Sozialpolitik kennt keine Unterschiede nach Herkunft, Einkommen, Alter, Geschlecht, Krankheit oder Behinderung.

Allerdings sind Chancengleichheit und Gerechtigkeit ohne Solidarität nicht zu bekommen. Das Leitbild vom „Wohlstand für alle“ braucht auch einen starken Sozialstaat! Die Anhebung des Spitzensteuersatzes - mit deren Einnahmen einiges hätte gegenfinanziert werden können - ist mittlerweile leider wieder vom Tisch.

Sie sehen, hier beißt sich der Hund in den Schwanz!

Meine Damen und Herren,

Katja Karger und Klaus Wicher haben es bereits deutlich gemacht: Nur wenige sozialpolitische Themen sind mit so viel gesellschaftlicher Sprengkraft versehen, wie die Rente.

Wenn wir bedenken, dass viele Beschäftigte trotz langjähriger Beitragszahlungen befürchten, dass ihre Rente nicht zum Leben reicht, dann wird klar: Ohne eine politische Trendwende wird sich Altersarmut zu einem Massenphänomen entwickeln! Betroffen sind davon im überdurchschnittlichen Maße Frauen, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung.

Wie kann es aber sein - meine Damen und Herren - dass auf der einen Seite die gute konjunkturelle Entwicklung und eine Arbeitslosigkeit auf dem Rekordtief gefeiert werden. Und auf der anderen Seite manch ein Rentner nach 40 Jahren Vollbeschäftigung den Gang zum Sozialamt auf sich nehmen muss?

Ganz klar, das liegt:

1. an der desaströsen Arbeitsmarktpolitik und
2. am Ausverkauf der gesetzlichen Rentenversicherung!

Wir weigern uns von einem Beschäftigungswunder zu sprechen, wenn Befristungen, unfreiwillige Teilzeit und Leiharbeit immer noch auf der Tagesordnung stehen! „Arm trotz Arbeit“ ist für viele Geringverdiener leider die Realität.

Wir brauchen einen dynamisierten Mindestlohn, die Umwandlung prekärer Jobs in sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungen und außerdem eine Arbeitslosenversicherung, die tatsächlich sozial absichert.

Hartz IV ist der beste Beweis dafür, dass Reformen nicht automatisch zu Verbesserungen führen.

Der Anteil Langzeitarbeitsloser ist trotz guter Konjunktur nach wie vor extrem hoch. Auch wenn ein neues Regelinstrument zur Teilhabe von 150.000 Langzeitarbeits-losen entwickelt wird, dürfen wir gleichzeitig nicht vergessen, dass es noch über 800.000¹ Menschen gibt, die auch vermittelt werden müssen. Die gute Beschäftigungslage in Deutschland sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verfestigung von Arbeitslosigkeit ein ernsthaftes Problem ist. Wenn nur geringe oder gar keine Beiträge zur Rentenversicherung eingezahlt werden, führt Arbeitslosigkeit unweigerlich zu Altersarmut. Auch Krankheit oder gesundheitliche Beeinträchtigungen können dazu führen, dass man als Erwerbsminderungsrenter Abschläge in der Rente in Kauf nehmen muss...

Das Risiko, im Alter arm zu sein, ist für viele Gruppen also derzeit besonders hoch!

SoVD und DGB setzen sich dafür ein, dass Altersarmut als Problem endlich ernst genommen wird. Wirkungsvolle und finanzierbare Lösungen sind möglich!

Sie müssen nur generationenübergreifend ansetzen, denn Altersarmut fängt jung an! Es geht auch darum, die Rente für die Zukunft armutsfest zu machen.

Der wichtigste Weg zur Bekämpfung von Altersarmut ist die Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung!

Was hat die Wirtschaft über den Mindestlohn gezetert. Szenarien von Firmenpleiten und Kündigungen wurden durch die Medien gespielt...Letztendlich zeigt sich wie notwendig dieser Schritt war...und auch weitergedacht werden muss. Ein sicheres und gutes Einkommensniveau ist die Grundlage für einen „Wohlstand für alle.“

Für jetzige Rentnerinnen und Rentner und rentennahe Jahrgänge kommen verbesserte Beitragszahlungen allerdings zu spät. Deshalb müssen wir auch an den sozialen Ausgleich denken.

Der würde z.B. auch Frauen zugutekommen:

Frauen übernehmen immer noch einen Großteil der Familienarbeit und das umfasst neben der Kindererziehung auch die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen. Deshalb sind es insbesondere die Erwerbsbiografien von Frauen, die Lücken haben. Außerdem arbeiten sie häufiger in Teilzeit und werden schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen.

Wir brauchen deshalb spezifische Leistungsverbesserungen, die eine ausreichende Kompensation für Zeiten der Niedriglohnbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit sicherstellen. Die Rente nach Mindestentgeltpunkten wäre so ein Instrument des sozialen Ausgleichs.

Wenn mit dem Modell einer Mütterrente II², allerdings nur ein Viertel der Rentnerinnen überhaupt erreicht werden kann, dann muss man leider von einer Mogelpackung sprechen! Und das auch noch aus Mitteln der Rentenversicherung, obwohl es sich eindeutig um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt!

Und die Grundsicherung im Alter? Ist es nicht beschämend für unsere Gesellschaft, wenn trotz Rente ergänzende Leistungen in Anspruch genommen werden müssen und das Gesamtpaket aus Rente und Grundsicherung das Niveau von Hartz IV nicht überschreitet?

¹ 2017: 900.745 Langzeitarbeitslose laut eigenen Angaben der Bundesagentur

² Mütterrente II: Erhöhung der Rente um ca. 31 Euro bei drei oder mehr Kindern vor 1992, betrifft 2,8 Mio. Rentnerinnen, Kosten für Rentenkasse: 3,7 Mio. Euro

Wir fordern einen gestaffelten Rentenfreibetrag für die Grundsicherung im Alter. Das würde dazu führen, dass jeder noch so geringe Rentenbezug ein Einkommen oberhalb der Grundsicherungsschwelle garantiert. Derzeit wird über einen Freibetrag von 10 % diskutiert. Da waren wir mit dem Rentenpaket von Frau Nahles und der Solidarrente aber schon viel weiter. Auch wenn sich der SoVD Leistungsverbesserungen sicher nicht verschließt, kann dies nur der Anfang sein!

Aus den Sondierungsgesprächen haben wir erfahren, dass das Rentenniveau bis 2025 bei 48 % stabil gehalten werden soll.

Das klingt zunächst nicht verkehrt, ist allerdings de facto keine Verbesserung! Im Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung von 2017 wurde ohnehin prognostiziert, dass das Niveau bis 2024 nicht unter 48 % fällt. Der SoVD hält deshalb an seiner Forderung fest, das Rentenniveau schrittweise wieder auf 53 % anzuheben.

Aus unserer Sicht kann eine weitere Abkopplung der jetzigen und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner von der Wohlstandsentwicklung in unserem Land nicht länger hingenommen werden.

Die Rückkehr zum Ziel der Lebensstandardsicherung der gesetzlichen Rentenversicherung ist die zentrale Stellschraube in der Rentenpolitik!

Gesundheit/Pflege/Bürgerversicherung

Durch die Medien geistern derzeit unterschiedliche Meinungen zur Ausgestaltung einer solidarischen Krankenversicherung.

Wir machen deutlich: Es müssen alle Leistungen erbracht werden, die medizinisch notwendig sind! Ganz egal wo man in Deutschland wohnt und wie weit das Quartal fortgeschritten ist.

Es kann nicht sein, dass der ländliche Raum sukzessive abgehängt wird. Krankenhäuser werden geschlossen, Fachärzte gehen in Rente, Hausärzte sind überlaufen und Änderung ist nicht in Sicht.

Das Problem ist lange bekannt. Finanzielle und strukturelle Fehlanreize haben zu dieser Unterversorgung beigetragen. Die einseitige Belastung der Versicherten, vor allem der Abbau von Leistungen bei gleichzeitigem Kostenanstieg, kann nicht länger hingenommen werden.

Es ist schön, dass derzeit die Rückkehr zur vollen paritätischen Beitragsfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung diskutiert wird. Aber eine gerechte und leistungsfähige Versorgung für alle, braucht eben eine einheitliche Finanzierungsgrundlage. Die Bürgerversicherung ist und bleibt das Instrument der ersten Wahl! Letztendlich profitieren gesetzlich und privat Versicherte davon!

Und die Pflege?

„In Würde altern“ darf keine Frage des Geldes werden. In unserer alternden Gesellschaft brauchen wir ein leistungsfähiges Pflegesystem!

Langfristig geht es bei allen Stellschrauben um die Qualität der Pflege - ein Thema, dass uns über kurz oder lang alle ganz persönlich betreffen kann. Es ist daher wichtig, jetzt die

richtigen Schwerpunkte zu setzen und offensichtliche Defizite konsequent anzugehen. Und wir benötigen die Pflege-Bürgerversicherung als Grundlage einer solidarischen Finanzierung.

Für ein gerechtes Pflegesystem und die Vermeidung pflegebedingter Armut müssen die bestehenden Leistungen dynamisiert und ausgeweitet werden. Ob sich die Pflegereform tatsächlich positiv auf die Situation der Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen auswirkt, wird sich erst zeigen.

Außerdem denke ich an den Pflegekräftemangel: Schlechte Arbeitsbedingungen und eine niedrige Bezahlung sind keine Werbung für einen geeigneten Fachkräftenachwuchs. Das Pflegeberuf-Reformgesetz kann nur ein erster Schritt zum Abbau des Fachkräftemangels sein. Wir brauchen endlich eine gute Personalausstattung bei guter Bezahlung!

Zuletzt ganz aktuell aus der Arbeit des Sozialverband Deutschland:

Am 3. Dezember 2017 hat der SoVD den Vorsitz des Deutschen Behindertenrates übernommen. In diesem starken Bündnis werden wir die Themen, die Menschen mit Behinderungen bewegen, offensiv in die Öffentlichkeit tragen.

Denn leider gibt es in der Realität immer noch erhebliche Einschränkungen für Menschen mit Behinderungen in Deutschland - und das ist immerhin jeder elfte Einwohner³ unseres Landes.

Nehmen wir das Beispiel „Arbeitsmarkt“: Menschen mit Behinderungen sind am Arbeitsplatz nach wie vor stark benachteiligt. Die Erwerbsbeteiligung⁴ liegt mit 49 Prozent erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig liegt das Armutsrisiko mit 20 Prozent deutlich über dem Durchschnitt und wächst weiter. Arbeitslose Menschen mit Behinderungen profitieren nur unzureichend von der aktuell guten Konjunktur.⁵

Deshalb müssen wir hier jetzt ran: Es braucht tragfähige arbeitsmarktpolitische Programme, eine Erhöhung der Beschäftigungspflichtquote und umfassende Förder-möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen.

Schauen wir auch auf die Bildung:

Der SoVD setzt sich dafür ein, dass Inklusive Bildung eine Verpflichtung für das gesamte Bildungssystem wird. Alle Teile der Bildungskette – vom Kindergarten bis zur Umschulung sind in diesen Prozess mit einzubeziehen.

Und die Barrierefreiheit?

Gleichberechtigte Teilhabe bedeutet Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen. Deshalb benötigen wir gesetzlich verbindliche Vorgaben für die Privatwirtschaft. Schließlich liegt es auch im Interesse einer alternden Gesellschaft und der Familienfreundlichkeit, wenn Arztpraxen, Supermärkte oder der ÖPNV barrierefrei sind.

³ Ende 2015 lebten in Deutschland rund 7,6 Millionen schwerbehinderte (Grad der Behinderung 50+) Menschen.

⁴ siehe zweiter Teilhabebericht der Bundesregierung

⁵ Arbeitslosenquote bei Schwerbehinderten im Jahr 2015: 13,4 Prozent, zum Vergleich allgemeine Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum 8,2 Prozent.

In diesem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, dass der überwiegende Teil der Menschen mit Behinderungen über 65 Jahre alt ist! Politische Diskussionen zur Pflege, zum Wohnen oder zur ärztlichen Versorgung betreffen ältere Menschen mit Behinderungen also ganz besonders.

Meine Damen und Herren,

sie sehen es gibt noch einiges zu tun. Der SoVD wird nicht nachlassen auf eine gerechte und inklusive Gesellschaft zu drängen und beste Rahmenbedingungen für jedermann und jederfrau zu fordern. Es ist wichtig, dass wir dabei einen starken Partner wie den DGB an unserer Seite wissen. Gemeinsam sind Sozialverbände und Gewerkschaften das „soziale Gewissen“ unserer Gesellschaft.

Mischen wir uns ein! Gern auch ein wenig kritischer, vielleicht auch etwas lauter als der Rest.

Ich bin mir sicher, dass unsere Ideen, unsere guten Lösungsansätze auch Gehör finden!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!